



SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf

An

- die Mitglieder des Landesvorstandes der AG 60plus NRW
- Regionalvorstände AG 60plus
- UB-Vorsitzende AG 60plus

Name: Snezana Ilkova  
Telefon: 0211 13622-219  
Telefax: 0211 13622-5219  
E-Mail: snezana.ilkova.nrw@spd.de

Datum: im Dezember 2014

## Jahreswechsel 2014/2015

Liebe Genossinnen und Genossen!

Das Jahr 2014 – war es erfolgreich oder doch eher weniger? Die Antwort – wie könnte es auch anders sein – wird am Ende von jedem einzelnen unterschiedlich zu bewerten sein.

Auch mit Blick auf unsere Partei und speziell aus der Sicht unserer Arbeitsgemeinschaft stellt sich diese Frage. Wir hatten uns vorgenommen mit Mut und Zuversicht voranzuschreiten, immer dem Ziel folgend, für die Menschen, denen wir uns verpflichtet fühlen, etwas zu erreichen. Haben wir das erreicht?

Auf der Positivseite steht insbesondere, dass wir die gesetzlich beschlossene Mindestlohn-Regelung pro Stunde dem Grunde nach gegen gewaltige Widerstände vieler durchsetzen konnten. Aber – wie konnte es auch anders sein – versuchen jetzt Verantwortliche in den Betrieben und Unternehmen auf teils perfide Art und Weise diese Regelung zu umgehen. Hier ist höchste Aufmerksamkeit geboten und – wenn nötig – gesetzgeberisch einzuschreiten, das Gesetz –wenn erforderlich – neu evaluieren. Unser Grundsatz, dass jeder Arbeitnehmer mit seiner Familie vom Verdienen auch leben können muss, darf nicht durchlöchert werden!

Auch die Regelung, dass die Rentner, die 45 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet und entsprechend in die Rentenkasse eingezahlt haben, zwei Jahre früher abschlagsfrei in die wohlverdiente Rente oder den Ruhestand gehen können, wird mit fadenscheidenden Argumenten und unseriösen Rechnungen in die mediale Öffentlichkeit gezerrt. Es bleibt dabei: Diese Regelung ist den Betroffenen nicht geschenkt worden sondern sie haben sich diese verdient! Das sehen nicht alle so, insbesondere aus dem Unternehmerlager – aber auch von vielen konservativen Kräften – wird durch dieses neue Gesetz der Untergang des deutschen Rentensystems propagiert. Doch die wahren Gefahren drohen von ganz anderer Seite. Vornehmlich aus Gewerkschaftskreisen wird deutlich auf die vielen belasteten versicherungsfremden Leistungen hingewiesen, die unverhältnismäßig die Rentenkasse belasten. (Nicht nur die Mütterrente!) In Gesprächen mit Verbänden (DGB-Senioren, Vertretern der Sozialverbände, der Kirchen u. a.) wollen wir initiativ werden und deutlicher auf diese Gefahren aufmerksam machen.

Es gäbe sicherlich noch vieles aufzuzeigen, was positiv erreicht oder mit guter Perspektive auf die „Schienen“ gesetzt werden konnte, wie die „Frauenquote“ oder die Verbesserungen

bei den Pflegezeiten. Doch auch etliche Ziele – insbesondere aus unserem Wahlprogramm zur letzten Bundestagswahl – warten auf ein engagiertes Angehen.

Die Einkommensschere zwischen „Arm“ und „Reich“ geht nach wie vor ungebremst auseinander. Die OSCD hat dies jüngst gerade auch für Deutschland öffentlich mit erschreckenden Zahlen belegt. Unsere Beteiligung an der „Großen Koalition“ hat daran nichts geändert – konnte auch nicht, da entsprechende Maßnahmen nicht in den Koalitionsvertrag hinein verhandelt worden sind. Aber Lösungsansätze für die Zeit nach 2017 sind **jetzt** zu entwickeln!

Sicherlich macht die Abschwächung oder gar der Abschaffung der „Kalten Progression“ irgendwie Sinn. Doch wir sollten deutlich machen: Dieses Problem sollte innerhalb des Einkommensteuer-Systems geregelt werden. Die noch sprudelnden Steuereinnahmen werden vordringlich für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunalfinanzen benötigt. Und dieses alles bei einer „schwarzen Null“? Wir sollten Mut beweisen und vertreten, dass mehr Steuereinnahmen von den Vermögenden und Reichen in unserer Gesellschaft in dieser Situation gerecht wäre. Hier dürfen wir mit Blick auf das Wahljahr 2017 nicht locker lassen.

Das neue Jahr, das in ein paar Tagen Wirklichkeit werden wird, verlangt deutlichere Konturen sozialdemokratischen Handelns, um aus dem 25 %-Tal heraus zu kommen. Themen wie die „Reform der Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, die „Umstellung der gesetzlichen solidarischen Rente (mit einer Lebensstandardsicherung kann die Altersarmut innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung verhindert werden)“ oder der „Demographischen Wandel“, der ohne die sogenannte Wohlstandseinbuße möglich wäre, stehen bei uns obenan.

Deshalb haben wir im Februar 2014 mit unserer „Zukunftswerkstatt“ damit begonnen uns intensiver diesen Themenfeldern zu nähern. Für Februar 2015 wollen wir mit der Fortsetzung – Zukunftswerkstatt II – da weitermachen. Bundesweit gilt auch nach unserer 20-Jahr-Jubiläumswoche die Version „Zukunft ist, was wir daraus machen! Teilhabe, Solidarität und Generationengerechtigkeit“ ausgewählt.

Ich habe erleben können wie in vielen Arbeitsgemeinschaften in den Regionen und Unterbezirken an örtlichen Projekten vorbildlich gearbeitet wurde, wie Menschen geholfen werden konnte, die alleine vieles sich nicht hätten leisten können. Da sollten wir weitermachen. Um noch mehr bewegen zu können brauchen wir mehr aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Wir, die im Landesvorstand unserer Arbeitsgemeinschaft versucht haben Akzente zu setzen, und ihr, die „vor Ort“ wirken, könntet gemeinsam auch im neuen Jahr mit besonderen Aktivitäten für mehr soziale Gerechtigkeit streiten. Mit dem Dank für euer Wirken im vergangenen Jahr verbinden wir erneut die Hoffnung, dass eure Aktivitäten auch im neuen Jahr 2015 nicht nachlassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche euch und euren Familien auch im Namen des Landesvorstandes unserer AG auch in diesem Jahr wieder frohe, friedliche, besinnliche und gesegnete Weihnachten und ein zufriedenes, glückliches Jahr 2015 und vor allem Gesundheit!

Bis bald!

Euer *Wilfried Kramps*  
Vorsitzender AG 60plus NRWSPD